

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Gert Weisskirchen MdB
sieht nur in der Demo-
kritisierung eine Mög-
lichkeit zur Lösung der
Konflikte in der UdSSR.
Seite 1

Hans Urbaniak MdB:
Die Montan-Mitbestim-
mung hat in 40 Jahren
viele Bewährungspro-
ben bestanden.
Seite 3

Klaus Daubertshäuser
MdB setzt sich dafür
ein, die Reparatur der
ostdeutschen Auto-
bahnen schneller vor-
anzutreiben.
Seite 4

46. Jahrgang / 67

9. April 1991

Der Kampf der zwei Zaren

Zur Entwicklung in der Sowjetunion

Von Gert Weisskirchen MdB

Michail Gorbatschow hat sich im Netz verfangen, das seine Doppelherrschaft sichern sollte. Er selbst war es, der die Konstruktion erdacht hat, die präsidentielle Macht mit der der KPdSU dicht zu verknüpfen. Die zwangsläufigen Widersprüche seines Versuchs, die Machtbalance zentristisch auszubalancieren, führen dazu, daß sein Projekt der Modernisierung der Sowjetunion an Strahlkraft rapide verliert. Auf den unterschiedlichsten Ebenen spitzen sich die krisenhaften Erscheinungen zu.

1. Die ökonomische Krise

Am 'Rand einer Katastrophe' befände sich die Wirtschaft, schrieb der Chef der Staatsbank, Geraschtschenko, in einem Brief an Michail Gorbatschow. Bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres habe das Haushaltsdefizit 31,1 Milliarden Rubel ausgemacht, fast fünf Milliarden mehr, als für das gesamte Jahr 1991 festgelegt. 1990 hatte das Haushaltsdefizit 58 Milliarden Rubel betragen.

2. Die sozial Krise

80 Millionen Bürger, fast jeder Vierte, leben mit einem Einkommen von 100 Rubeln im Monat am Rande der Armutsgrenze. Nikolai Tscheschenko, stellvertretender Minister für Arbeit und soziale Fragen der SU veröffentlichte diese Zahlen anlässlich der Reform der Einzelhandelspreise, der drastische Abbau der 115 Milliarden Rubel Subventionsleistungen, die 1990 für den Konsumsektor aufgebracht wurden, könnte sich zu einem zusätzlichen sozialen Unruheherd ausweiten.

3. Die ökologische Krise

Der verantwortungslose Raubbau an der Natur, verbunden mit rückständigen Produktionsmethoden, haben dazu geführt, daß 60 Millionen Menschen in ökologisch akut bedrohten Regionen leben. Sie konzentrieren sich in den Revieren der Förderung von Rohstoffen und denen der Schwerindustrie.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Fertigung: Göttinger
mit vermehrt Rohstoffen
Recycling-Papier



4. Die Verfassungskrise

Der 'Krieg der Referenden' ist nicht entschieden. Zwar hat sich die zahlenmäßige Mehrheit für den Erhalt der Sowjetunion ausgesprochen. Aber die Mehrheit der Republiken, einschließlich Rußlands und der noch ausstehenden Volksabstimmung in Armenien, will einen von der Zentralmacht unabhängigen Weg gehen. Der Entwurf zu einem neuen Unionsvertrag, der den Republiken und dem Sowjet der Union zur Beratung vorgelegt wurde, erkennt zwar die gewachsene Identität der Einzelrepubliken an. In Verbindung mit dem Gesetz, das den Austritt aus der Union regelt, geht der Entwurf jedoch weit hinter die stark von Lenin geprägte Verfassung von 1922 zurück.

Die vierfache Krise hat ihren massenwirksamen Resonanzboden gefunden. Die Streiks der Bergarbeiter im Donbass und im Kusbass haben schneller als vor zwei Jahren die Ebene der gewerkschaftlichen Forderungen verlassen. Entzündet hat sich ihre neuerliche Unruhe an der Unfähigkeit des territorialen Parteiapparates, die im Jahre 1989 eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Politische Qualität erreichen die Forderungen der Bergarbeiter, weil sie Boris Jelzin in seinem Kampf gegen Michail Gorbatschow unterstützen.

Glasnost und Perestrojka haben das vorläufige Ende ihrer Wirksamkeit erreicht. Mit Glasnost sollte Öffentlichkeit hergestellt werden, um die Bürger ungeschminkt über die wirkliche Lage der Union in Kenntnis zu setzen. Mit Perestrojka sollten die so Informierten einbezogen werden in den notwendigen Prozeß der Veränderung. Die von oben in Gang gesetzte Reform sollte jedoch begrenzt bleiben. Zwar gab die KPDSU formal ihr Machtmonopol auf. Aber noch in diesem Akt blieb sie der stalinischen Tradition verhaftet: Die KPDSU ließ den Artikel 6 der Verfassung über den Parteibeschluß streichen. Gorbatschow schuf das Amt des Präsidenten und besetzte es mit sich selbst. Der Oberste Sowjet der Sowjetunion konnte nurmehr akklamieren. Seine legitimatorische Basis ist schwach. Er ist kein ausführendes Organ der Partei mehr und noch keine wirklich legislativ arbeitende Volksvertretung. Der Sowjet der Republik Rußlands hat demgegenüber eine deutlich höhere Legitimation. Und Boris Jelzin nutzt sie zielstrebig. Die Session des russischen Parlaments hat ihn gestärkt. Der Versuch der kommunistischen Opposition, Jelzin zu stürzen, ist fehlgeschlagen. Der Inspirator dieses Versuchs, Gorbatschow, hat eine Niederlage erlitten. Sollte im Juni eine Volkswahl des Präsidenten Rußlands stattfinden, wird er Boris Jelzin heißen. Seine Strategie ist einfach: er will sich nicht verfangen im Gestrüpp der zentralen Machtapparate. Er will ihre Unfähigkeit entlarven. Und da man ihnen alles zutraut, sind sie leicht angreifbar. Kritik verfängt selbst dort, wo sie zuständig sind. Boris Jelzin will sich die Zustimmung des Volkes sichern. Und er will die Machtbasis seiner Republik zugleich erweitern und parlamentarisch teilen.

Der Machtkampf der beiden konkurrierenden Zaren war bislang ungleich. Gorbatschow häufte mehr und mehr Machtinstrumente an und konzentrierte sie auf seine Person. Jelzin ließ sich von den erwachenden und immer stärker anwachsenden sozialen Bewegungen tragen und suchte die populäre Nähe zu den Menschen. Gorbatschow setzte bislang die erworbenen Instrumente weniger ein, um die Demokratisierungsprozesse voranzutreiben, eher, um sein Projekt von Glasnost und Perestrojka etatistisch zu begrenzen. Jelzin nutzte die strukturbedingten Widersprüche dieses Projekts, um ihr Potential auf fundamentalen demokratischen Wandel zu orientieren. Mit der bevorstehenden Wahl Jelzins zum Präsidenten Rußlands und der darauffolgenden Neuwahl des russischen Parlaments ist Gorbatschows Rivale mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr aufzuhalten. Die Autorität Jelzins wird mit der Rückendeckung des

Volkes und seiner Volksvertretung die Macht Gorbatschows überstrahlen. Gorbatschow hat versucht, Jeltsin durch Ausgrenzung zu bändigen. Sein Versuch ist auf der ganzen Linie gescheitert.

Wird das Kooperationsangebot des Volksdeputiertenkongresses der RSFSR von Michail Gorbatschow angenommen? Werden die Titanen erkennen, daß nicht ein Wettlauf um die Machtfülle der Schlüssel für die Lösung der Probleme ist, in denen die Sowjetunion zu versinken droht?

Die Fraktionen der Republikaner, der Demokraten und der Sozialdemokraten haben begonnen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch eng miteinander zusammenzuarbeiten. Die aus der russischen KP letzte Woche ausgeschiedenen "Kommunisten für Demokratie" unterstützen im Kongreß diese Koalition der Vernunft. Nicht mit Gewalt von oben kann der Prozeß gesteuert werden, vor dem die Sowjetunion steht. Nur noch durch die erweiterte Mitbeteiligung der Menschen, durch konsequente Demokratisierung, können die Konflikte angegangen werden.

(-/9.April 1991/hgs/fr)

40 Jahre Montan-Mitbestimmung Viele Prüfungen bestanden und den sozialen Frieden bewahrt

Von Hans Urbaniak MdB

Die Montan-Mitbestimmung ist in diesem Jahr 40 Jahre alt. Im Gegensatz zu der damaligen Koalition wurde das Gesetz von der SPD einstimmig angenommen. Bis heute ist die SPD auch die einzige Partei, die seit Jahrzehnten konsequent für den Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen streitet, weil sie eine langfristige Aufgabe zur freiheitlichen und verantwortlichen Gestaltung der Gesellschaft ist. Die Montan-Mitbestimmung von 1951, die damals mit massivem Druck der Gewerkschaften zustande gekommen ist, ist bis heute das einzige Modell geblieben, das Parität verwirklicht.

Dennoch war die Montan-Mitbestimmung immer wieder gefährdet, so daß der Gesetzgeber auf den Plan gerufen wurde. Im Jahr 1956 entstand ein Mitbestimmungsergänzungsgesetz, das in modifizierter Form die Montan-Mitbestimmung auch auf solche Obergesellschaften von Montan-Konzernen ausdehnte, die selbst keine Montan-Unternehmen sind. Das Jahr 1967 brachte das erste Mitbestimmungsforgeltungsgesetz, dem 1971 ein zweites folgte. Damit sollte verhindert werden, daß ein Unternehmen wegen geänderter Produktions- oder Unternehmensstruktur aus der Montan-Mitbestimmung ausscheidet. 1981 wurde erneut ein Gesetz erforderlich, um die Montan-Mitbestimmung zu erhalten. Damals wurde von der SPD eine Dauerlösung angestrebt, die am Widerstand der FDP gescheitert ist. So war es 1988 wieder nötig, ein Sicherungsgesetz zu verabschieden.

Die Montan-Mitbestimmung hat in den vergangenen 40 Jahren viele Bewährungsproben bestanden. Daß die tiefgreifenden Anpassungskrisen im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie in geordneten Bahnen durchgestanden werden könnten, geht nicht zuletzt auf das Konto der Montan-Mitbestimmung. Strukturkrisen sind ohne Mitbestimmung nicht sozial verträglich zu bewältigen. Das gilt bis auf den heutigen Tag und darüber hinaus. Der Fortbestand der Montan-Mitbestimmung muß auch da fortgehen, wo der Umfang der Montan-Produktion und des Montan-Umsatzes oder die Mindestzahl der beschäftigten Arbeitnehmer nicht mehr den bisherigen gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen entspricht. Die ausreichende Beteiligung der Gewerkschaften an der Unternehmensmitbestimmung war immer ein tragendes Element, und so muß es auch bleiben.

Das Ziel für die Zukunft muß sein, daß die paritätische Mitbestimmung auf der Grundlage des Montan-Modells für alle Großunternehmen und Konzerne eingeführt werden muß. Ich sehe darin das sicherste Mittel, den sozialen Frieden, den wir seit 40 Jahren erhalten konnten, zu bewahren.

(-/9. April 1991/hgs/fr)

Schneller Ausbau tut not

Die Autobahnreparaturarbeiten in Ost und West optimieren

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Autobahnen der fünf neuen Bundesländer müssen auf einen der Verkehrssicherheit angepaßten Stand gebracht werden (Brücken erneuern, Leitplanken anbringen). Die Fahrbahndecken sind aber auch auf vielen Kilometern Länge so schlecht, daß dadurch ebenfalls große Baustellen entstanden sind. Hinzu kommt der zunehmende Lkw-Verkehr aus den östlichen Ländern. Diese Bauarbeiten müssen möglichst zügig abgewickelt werden. Planung und Organisation sind zu optimieren. Auch muß die Dauer der Bauarbeiten wichtiges Kriterium der Ausschreibung werden: Die Firma, die sowohl einen günstigen Preis, als auch eine kurze Bauzeit anbietet, erhält den Auftrag.

Dies ist ökonomisch und ökologisch vernünftig. Zwar können sich unterm Strich höhere Baukosten ergeben. Bei gesamtwirtschaftlicher Bewertung amortisieren sich diese schnell.

Autobahnbaustellen sind Unfallschwerpunkte. Kurze Bauzeiten verbessern deshalb die Verkehrssicherheit und vermindern die Unfallkosten.

Autobahnbaustellen führen zu Staus. Aus Fahrzeiten werden Standzeiten. Sie führen zu erhöhten Abgas- und Umweltbelastungen. Kurze Bauzeiten entlasten deshalb die Umwelt. Auch ersparen sie unserer Volkswirtschaft Kosten. Sie verkürzen die unproduktiven Wartezeiten in Verkehrsstaus.

(-/9. April 1991/rs/fr)
